

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Gewerkschaftliche Interessenvertretung und gesellschaftlicher Fortschritt: historische Überlegungen zur deutschen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert

Gewerkschaftliche Monatshefte

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1981) : Gewerkschaftliche Interessenvertretung und gesellschaftlicher Fortschritt: historische Überlegungen zur deutschen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Gewerkschaftliche Monatshefte, ISSN 0016-9447, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 32, Iss. 6, pp. 319-336

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122570>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Gewerkschaftliche Interessenvertretung und gesellschaftlicher Fortschritt

Historische Überlegungen zur deutschen Entwicklung im
19. und 20. Jahrhundert*

Professor Dr. Jürgen Kocka, geboren 1941, studierte Geschichte und Politische Wissenschaften in Marburg, Wien, Berlin und Chapel Hill, N. C. (USA), dort M.A. 1965, Promotion 1968, Habilitation 1973, seit 1973 o. Professor für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld.

Die Fragestellung

Im folgenden soll gezeigt werden, daß es gerade in Deutschland den Arbeitergewerkschaften möglich gewesen ist, sowohl spezielle Mitgliederinteressen tatkräftig zu vertreten, als auch zugleich dem allgemeinen Wohl, dem gesellschaftlichen Fortschritt, zu dienen. Die These ist, daß das auch bei vielen Intellektuellen verbreitete fortschrittliche Image der Gewerkschaften durchaus einen historischen Realitätsgehalt besitzt, dieser jedoch von bestimmten, wandelbaren historischen Rahmenbedingungen abhängig war und ist. Jene relative Kongruenz von Interessenvertretung und Progressivität kann deshalb keineswegs als auf Dauer gesichert gelten. Die historische Reflexion wird damit zur kritischen Frage an die Zukunft der Gewerkschaften. Eine solche historische Einordnung der Gewerkschaften ist nicht einfach, weil es sich um die Einordnung eines Prozesses handelt, der noch im Gange ist. Auch können viele Argumente nur angedeutet werden; insbesondere die Unterscheidung zwischen den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen kann nur am Rande gestreift werden. Und dann ist natürlich vorweg zu gestehen, daß ein solches Thema nicht wertfrei behandelt werden kann und daß die normativen Perspektiven des Autors eingehen in die Art seiner Diskussion. Die Frage ist also, bis zu welchem Grad, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen gewerkschaftliche Interessenvertretung — Einsatz für die Interessen der Mitglieder - einerseits und Förderung gesellschaftlichen Fortschritts andererseits Hand in Hand gehen konnten. Eine Antwort soll in sechs Diskussionsabschnitten versucht werden.

* Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten auf der Tagung „Die Gewerkschaften und die Zukunft der demokratischen Gesellschaft“, Evangelische Akademie Loccum, 5.-7. November 1980.

Berufsegoismus war schwierig

Die deutschen Gewerkschaften hatten sehr früh die Tendenz, die Interessen aller Lohnarbeiter und später aller Lohn- und Gehaltsabhängigen zu vertreten. Dies ist im historischen und im internationalen Vergleich keine Selbstverständlichkeit. Man denke an die amerikanischen Gewerkschaften oder an die britischen Berufsgewerkschaften, die zum Teil noch heute vor allen Dingen Arbeiter eines bestimmten Berufs oder einer bestimmten Qualifikationsstufe organisieren und für diese, aber nicht für die Arbeiterschaft insgesamt, ihre Politik zu treiben versuchen. In Deutschland stellt sich dagegen die Entwicklung folgendermaßen dar:

Im Vormärz und in der Revolution von 1848 beobachten wir Bewegungen, die man in der Regel als Anfänge der Arbeiterbewegung und auch der Gewerkschaftsbewegung begreift. Soweit Arbeiter sich organisierten, zur Selbsthilfe schritten oder Forderungen an Gesellschaft und Staat stellten, friedlich oder revolutionär, taten sie dies auf sehr verschiedene Weise, in Vereinen und Bewegungen verschiedener Zusammensetzungen. Da gab es Arbeiterbildungsvereine, in denen verschiedene Berufe und auch Nichtarbeiter organisiert waren. Da gab es Unterstützungskassen, Fabrikkassen z. B., die ebenfalls Mitglieder verschiedener Berufe zusammenfaßten. Es gab Streik- und Protestgruppen kurzlebiger Art, in denen teilweise Mitglieder eines Berufes, teilweise Mitglieder mehrerer Berufe zusammenwirkten. Berufsübergreifend waren Arbeiterorganisationen vor allen Dingen dann, wenn sie, wie die von Stephan Born geleitete „Arbeiterverbrüderung“, weitgreifende gesellschaftlich-politische Reformprogramme vertraten.

Doch vorherrschend war in der damaligen Zeit das Berufsprinzip. Die Tradition der Gesellenbrüderschaften wirkte nach, und berufsständisches Denken prägte ohnehin die Vorstellungen der Menschen. So waren auch die ersten Gewerkschaften im engeren Sinn *Berufsgewerkschaften*, z.B. die der Buchdrucker und die der Zigarrenarbeiter. In den 1860er Jahren, als nach der Beendigung der Reaktionszeit, die auf die Revolution folgte, die zweite, und damit die eigentliche Gründungswelle der Gewerkschaften in Deutschland vonstatten ging, prägte sich das Berufsprinzip sogar besonders scharf aus. Das hing damit zusammen, daß sich gleichzeitig die Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Parteien herausbildete. Je mehr die im engeren Sinne politische Arbeit den Arbeiterparteien überlassen blieb, desto mehr lenkte das die Gewerkschaften auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Und diese waren nun in der Tat noch größtenteils berufsspezifisch strukturiert. Um 1870 waren ca. 50.000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, in etwa 30 Verbänden: fast durchweg gelernte Arbeiter handwerklicher Prägung bzw. Gesellen, und fast durchweg nach Berufszweigen. Der Organisationsgrad betrug, grob geschätzt, weniger als 2 %. Tabakarbeiter, Buchdrucker, Tischler, hatten die größten Verbände. Doch den größten Organisationsgrad erreichten bald kleine exklusive Gesellenvereine, so die Weißgerber 1890 mit 60% und die Glacéhandschuhmacher mit

70 %. Die Ungelernten blieben größtenteils außerhalb der Organisationen. Nicht nur die Zusammensetzung, auch die Forderungen der damaligen Gewerkschaften waren berufsbezogen.

Doch gab es daneben Tendenzen zur berufsübergreifenden gewerkschaftlichen Organisation, zur berufsübergreifenden Interessenartikulation, die ab 1890 schnell stärker wurden. In der Frühphase um 1870 drängten die Arbeiterparteien, besonders die Lassalleaner, auf überberufliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Früh gab es lokale Zusammenarbeit von Berufsgewerkschaften, etwa bei der Regelung des Herbergswesens oder bei Streiks oder beim Rechtsschutz oder angesichts der Behandlung der entstehenden Sozialversicherung seit den 1880er Jahren oder bei der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Und Kritik am „Gewerksdünkel“, wie es hieß, war häufig. Es gab neue Organisationsversuche, so einen Metallarbeiterverband Mitte der 1880er Jahre, der schnell scheiterte, der aber beabsichtigte, Mitglieder verschiedener Berufe zu umfassen.

Nach Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890 wurde die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, der erste große frei-gewerkschaftliche Dachverband unter Carl Legien, gegründet, wenig später ein „Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften“. Das waren ebenfalls Indizien für das Nachvortreten gemeinsamer berufsübergreifender Interessen und Zielsetzungen. Zu den Verpflichtungen der Generalkommission gehörte es, die gewerkschaftliche Organisation in bis dahin kaum organisierten Bereichen voranzutreiben. 1891 kam es zur Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes; er war eindeutig nach dem Industrieverbandsprinzip organisiert, ähnlich wie der Verband der Textilarbeiter und der der Holzarbeiter. Auch der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter (1890, mit Vorläufern seit 1869) stand mit seiner Konzentration auf ungelernete Arbeiter, Männer und Frauen, gewissermaßen quer zum noch vorherrschenden Berufsverbandsprinzip. Beim Gewerkschaftskongreß von Halberstadt im Jahre 1892 fiel nach langer Diskussion die grundsätzliche Entscheidung für das Industrieverbandsprinzip, obwohl nur in Form eines Kompromisses, der auch für die Zukunft Berufsverbände daneben zuließ. Sehr bald waren berufsübergreifende Organisationen — die Textilarbeiter-, die Metallarbeiter- und die allgemeine Fabrikarbeiterorganisationen - die größten Verbände innerhalb der Generalkommission. Seitdem und bis 1933 existierten industrieverbandlich organisierte und berufsverbandlich organisierte Gewerkschaften nebeneinander, wobei die Industrieverbände dauernd an Boden gewannen. Die nationalsozialistische Zwangsorganisation aller Arbeiter, Angestellten und Unternehmer, die Deutsche Arbeitsfront (DAF), schwächte das Berufsverbandsprinzip weiter. Nach 1945, nach dem Traditionsbruch des Dritten Reichs, Zweiten Kriegs und Zusammenbruchs, kam es zur Durchsetzung des fast reinen Industrieverbandsprinzips.

Was bedeutet das alles? Natürlich haben auch die deutschen Gewerkschaften nie alle Lohnarbeiter organisiert, von den Gehaltsempfängern einmal ganz zu

schweigen. Der Organisationsgrad wird 1913 auf 12%, 1930 auf etwa 40% und heute auf 54 % geschätzt, was die Arbeiter angeht. Bestimmte Kategorien ließen sich besonders schwer organisieren bzw. wurden von den Organisationen vernachlässigt: bis 1918 vor allem die Landarbeiter und Dienstboten, die unter der Gesindeordnung standen und von daher schweren Einschränkungen in ihrem Koalitionsrecht unterlagen; daneben Frauen aus vielfältigen Gründen; schließlich die Ungelernten, die auch in den industrieverbandlich organisierten Gewerkschaften unterrepräsentiert blieben; und das Subproletariat der Arbeitslosen, der Nichtseßhaften, der Gelegenheitsarbeiter und der Behinderten, das ebenfalls zu jenen Gruppen gehörte, die die Gewerkschaften selten erreichten oder erreichen wollten. Trotzdem, im internationalen Vergleich gesehen, tendierten die deutschen Gewerkschaften aufgrund der genannten Anzeichen früher und stärker dazu, die gesamte Lohnarbeiterschaft, und zwar in berufsübergreifenden Organisationsformen, zu umschließen. Das gilt im Vergleich zu Großbritannien und USA bis heute.

In einer solchen berufsübergreifenden, nicht berufsspezifischen Organisation, mußte es relativ schwer sein, berufs- oder gruppenegoistische Forderungen zu formulieren und durchzusetzen. Tendenzen zur überberuflichen Solidarität und Egalisierung waren in dieser Organisationsform angelegt. Frauen waren im Prinzip in Industrieverbänden leichter organisierbar als in den handwerklich-zünftig ausgerichteten Berufsgewerkschaften, die zum Teil erst in den 90er Jahren das Verbot, Frauen zu organisieren, aufgaben. Die Chance, daß klassenbewußte, z.B. marxistisch orientierte, Programme eine Rolle spielten, war in dieser Form von Gewerkschaften größer als in den höchst fragmentierten Föderationen von Berufsverbänden. Der anti-partikulare, der tendenziell universalistische Charakter mancher Forderungen deutscher Gewerkschaften hat hier eine seiner sozial- und organisationsgeschichtlichen Wurzeln.

Wie erklärt sich diese frühe und kräftige, wenn auch keineswegs absolute Neigung der deutschen Gewerkschaften zur überberuflichen allumfassenden Klassenorganisation? Zum Teil liegen bestimmte Mechanismen zugrunde, die in allen Industriesystemen wirkten: z.B. die Tendenz zum Großbetrieb und die damit verbundene Erfahrung, daß es schwierig ist, berufsspezifisch zu streiken, wenn man überberuflich in ein und derselben Unternehmenseinheit zusammenarbeitet. Aber es muß etwas hinzu kommen, was erklärt, warum diese Tendenz zur überberuflichen Organisation in Deutschland besonders früh und besonders stark auftrat. Bestimmte Formen der staatlichen Sozialpolitik und der staatlichen Diskriminierung waren es, die überberuflich wirksam wurden, die nicht nur einen spezifischen Beruf, sondern die Arbeiterschaft insgesamt betrafen und deshalb auch überberufliche Reaktionen der Arbeiterschaft und Tendenzen zur überberuflichen Solidarität hervorriefen. Das Sozialistengesetz z.B. traf nicht spezielle Berufe, sondern zumindest die sozialdemokratisch-sozialistisch orientierte Arbeiterschaft insgesamt und legte es dieser damit nahe, sich als in einem Boot sitzend zu fühlen. Die frühe und große

Rolle des deutschen Obrigkeitsstaates bei der Beeinflussung und Gestaltung der sozialen Verhältnisse ist eine der Ursachen dafür, daß im Bewußtsein und im Organisationsverhalten von Arbeitern die überberufliche allgemeine Arbeitnehmerkomponente früher hervortrat als in Ländern, in denen der Staat eine geringere Rolle spielte, wie in England und USA.

Der vieldimensionale Charakter der Gewerkschaftsbewegung

Zu diesem vergleichsweise umfassenden und überberuflichen Charakter der deutschen Gewerkschaften kommt ein ihnen eigenes zweites Charakteristikum. Ich meine den vieldimensionalen Charakter ihrer Forderungen und Aktivitäten. Die meisten von ihnen haben sich nie auf die Vertretung reiner „Brot- und Butter-Interessen“ beschränkt, sondern diese im engeren Sinne sozial-ökonomischen Interessen im Rahmen umfassender Zielsetzungen vertreten. Mehr als etwa in den amerikanischen Gewerkschaften haben sie ihre sozialökonomischen Zielsetzungen mit soziopolitischen und soziokulturellen Bestrebungen verknüpft. Nie waren hier die Gewerkschaften bloße Einweckorganisationen. Immer zielten sie auch auf ökonomisch-gesellschaftlich-politisch-kulturelle Veränderungen ab, die über eine für sie befriedigende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinausgingen.

Allerdings gilt dies in den verschiedenen Zeitabschnitten in verschiedenem Maß. In den Gründungsphasen der 1840er und 1860er Jahre standen zweifellos solidarische Selbsthilfearbeitungen, wie Unterstützungskassen, einerseits und zum anderen Bemühungen im Vordergrund, durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern sowie durch Streiks und andere Maßnahmen die Löhne, die Arbeitsbedingungen zu verbessern bzw. Verschlechterungen zu verhindern und Bedrohungen zu entschärfen, die, gemessen am Maßstab handwerklicher Traditionen, die kapitalistische Industrialisierung in der Tat mit sich brachte. Aber diese arbeitsplatzorientierten Ziele wurden von der „Arbeiterverbrüderung“ des Jahres 1848/49, von den Buchdruckern desselben Jahres, den Tabakarbeitern, später den Tischlern und anderen Berufsgewerkschaften zumindest ihrem Programm nach mit übergreifenden Zielsetzungen verbunden. In den Zeitschriften dieser Organisationen ist die Rede von der „Erringung der menschlichen Rechte“ für den „Arbeiterstand“. „Wir wollen einen Verein bilden, um Menschen zu werden.“ Es ging um wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische Gleichberechtigung im weitesten Sinne, und diese Bemühungen schlugen sich im Streben nach überregionaler Institutionalisierung nieder, in der breiten Bildungsarbeit der Gewerkschaften und auch in politischen Forderungen, z.B. nach dem allgemeinen Wahlrecht, nach der Einrichtung eines „Arbeitsministeriums“ schon 1848, nach einem „Volksstaat“, was immer das im einzelnen meinte, manchmal auch in sozialistischen Forderungen nach Gemeineigentum, bis hin zu revolutionären Bestrebungen und Drohungen (z.B. der Drohung, „die Gesellschaft zu kündigen“, wie es damals hieß). Gegner waren die Kapitalisten und Arbeitgeber, zunehmend aber auch der bestehende Staat, das bestehende System.

Auch wenn solche sozialistischen Forderungen und revolutionären Töne fehlten, was meistens der Fall war, kann man nicht sagen, daß die Gewerkschaften nur system-immanente Forderungen gestellt hätten. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht und den „Volksstaat“ zu fordern, mag in unseren Ohren sehr unrevolutionär klingen. Die Systembedingungen um die Jahrhundertmitte sprengte das allemal. An der Härte der Verfolgungen zeigte sich das dann auch.

In den 1860er, 1870er Jahren beschränkten sich die entstehenden Gewerkschaften dann etwas deutlicher auf die Vertretung nur arbeitsplatzorientierter, sozial-ökonomischer Interessen. Aber selbst jetzt, in den 60er und 70er Jahren, blieben weitergespannte Reformvorstellungen nicht ganz auf der Strecke.

Dieser vieldimensionale Charakter der gewerkschaftlichen Forderungen hatte seine Logik. Er war eine Antwort auf den vieldimensionalen Charakter der Bedrückungen und Diskriminierungen, denen sich die Arbeiterschaft ausgesetzt sah. Es war ja nicht nur so, daß die Löhne oft um das Existenzminimum oder darunter pendelten, und es war ja nicht nur so, daß die Arbeitszeit 11, 12, 13, 14 Stunden umfaßte, daß kaum Kündigungsschutz bestand und daß marktbedingte Unsicherheit den proletarischen Lebenszyklus bestimmte. Vielmehr fanden sich ja die Arbeiter, wie andere Unterschichten-Angehörige auch, in dem konstitutionellen, halbabsolutistischen Deutschland des 19. Jahrhunderts zugleich rechtlich-politisch unterprivilegiert, mit beschnittenem Versammlungs- und Vereinigungsrecht, mit vermindertem Wahlrecht, ohne die Teilnahmechancen, die ein parlamentarisches Parteiensystem bieten konnte. Deshalb vor allem schloß die Vertretung sozialökonomischer Interessen auf jeden Fall auch die Forderungen und den Kampf auf dem politisch-rechtlichen Feld ein.

Mehr noch, es hing mit dem ständischen Erbe dieser eigentlich nie ganz bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland zusammen, daß Arbeiter zusammen mit anderen Unterschichten-Angehörigen nicht nur ökonomisch gefährdet und politisch benachteiligt waren, sondern darüber hinaus in einem sehr umfassenden Sinn diskriminiert und von der bürgerlichen Gesellschaft ausgegrenzt wurden. Die Bürger betrachteten den Lohnarbeiter nicht nur als Angehörigen einer anderen Klasse mit anderen, entgegenstehenden Interessen, sondern zugleich und vielleicht vor allem als jemanden ohne bürgerliche Respektabilität und ohne Bildung, anderen Werten verpflichtet, mit anderen Lebensgewohnheiten, mit der Hand arbeitend, eine andere Sprache benutzend, aus einer anderen Lebenswelt kommend, sozusagen einem „unterständischen Stand“ zugehörig. Die Barriere zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Gesellschaft war tief, nicht nur aus ökonomischen Gründen: tiefer bei uns als etwa in den USA zur selben Zeit, und das hing mit den fortwirkenden ständischen Erfahrungs- und Verhaltensmustern zusammen, die bei uns nie durch eine Revolution gebrochen worden waren. Diese Barriere war zweifellos für den einzelnen nicht unübersteigbar und nicht absolut. Aber sie zeigte sich im scharf ge-

gliederten Schulwesen, in der alltäglichen Anrede — Du oder Sie —, in der Kleidung, in der Sprache, im scharf abgegrenzten, „segregierten“ Freizeit- und Feiertagsverhalten. Seit den 60er und 70er Jahren gewann diese Barriere außerdem politische Brisanz, sie wurde mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung, mit den politischen Konflikten zwischen Staat und Arbeiterbewegung politisiert. Man kann sagen, daß diese Klassendifferenz eine quasi ständische Färbung hatte.

Arbeiter zu sein definierte die ökonomische, soziale, politische und kulturelle Stellung eines Menschen in einem sehr umfassenden Sinn, und entsprechend vieldimensional mußte die Bewegung der Arbeiter sein, wenn sie sich dagegen zur Wehr setzte. Deshalb *konnte* sich besonders in Deutschland, besonders im 19. Jahrhundert, die Gewerkschaftsbewegung nie auf Brot- und Butter-Fragen beschränken. In den USA schon eher, wo aufgrund der frühen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und aufgrund des Fehlens ständischer Traditionen die gesellschaftlich-politischen Diskriminierungen nicht so alles durchdringend und umfassend waren wie bei uns. Nicht zufällig war Marx ein Deutscher, denn dies, so könnte man interpretieren, ist ja der verborgene Sinn und die partielle Berechtigung des Glaubens an die historische Mission des Proletariats: Die gesellschaftlichen Verhältnisse waren so, daß die resolute Wahrnehmung sozialökonomischer Arbeiterinteressen mit gewisser Notwendigkeit über sich selbst hinausdrängte, in Richtung der Herstellung gesellschaftlicher, politischer, kultureller Verhältnisse, die allererst solche Interessenwahrnehmung möglich machen würden. Die Arbeit für die Emanzipation des Proletariats wurde unter diesen Bedingungen zur Arbeit an der Emanzipation der Gesellschaft.

Deshalb also der vieldimensionelle Charakter der gewerkschaftlichen Arbeit. Deshalb auch die Forderung nach vieldimensionaler, unspezifischer Loyalität und Solidarität, die die Gewerkschaften an ihre Mitglieder stellten. Von ihren Mitgliedern erwarteten nämlich die Gewerkschaften, daß sie als ganze Personen, mit Haut und Haar, der Gewerkschaft als Teil der Arbeiterbewegung angehörten, nicht nur instrumentell, nicht nur zweckrational eindimensional, wie man etwa heute dem ADAC angehören mag.

Je mehr sich politisch die parlamentarische Demokratie durchsetzte, nach 1918 und vor allen Dingen nach 1945/49 in der Bundesrepublik, je mehr sich im Laufe des 20. Jahrhunderts die ständisch geprägte Diskriminierungsstruktur abschwächte und mit ihr die ghettoisierte Arbeiter-Subkultur, desto schwächer wurde der hier geschilderte Mechanismus. Doch er wirkte nach, auf jeden Fall in der Zwischenkriegszeit, zum Teil bis heute. Und vor allem trat eine neue; ganz andere Entwicklung hinzu, die seit den 90er Jahren, vor allem seit dem Ersten Weltkrieg und immer stärker bis heute, die Gewerkschaften wiederum zur Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereichs abtrieb: Die zunehmende Verflechtung von Staat und Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, die es erneut wenig geraten sein ließ, sich auf rein sozialökonomi-

sche Interessen zu konzentrieren, weil zunehmend soziale und ökonomische Chancen durch politische Entscheidungsprozesse verteilt wurden und weil angesichts der mangelnden Trennung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat eine restriktive Definition gewerkschaftlicher Ziele auf einen dieser Bereiche sinnlos gewesen wäre. Wir sehen das an der Ausweitung der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik und natürlich in den letzten drei Jahrzehnten.

Die demokratisch-freiheitliche Tradition

Die deutschen Gewerkschaften hatten sich in einem bemerkenswert illiberalen und undemokratischen System durchzusetzen. Im Vergleich zu Westeuropa kam der Parlamentarismus in Deutschland sehr spät, und dann zusammen mit der Niederlage 1918. In der Weimarer Republik hatte dieser Parlamentarismus viele Feinde, viele Defekte und Schwierigkeiten. Erst in der Bundesrepublik entstand ein tatsächlich funktionierendes parlamentarisches System. Der politische Liberalismus wurde in Deutschland früh geschwächt und dezimiert: vor allem zu der Zeit, da die Arbeiterbewegung entstand, im Reichsgründungs Jahrzehnt, in den 60er, 70er Jahren. Liberale Tugenden und Werte scheinen in Deutschland traditionell schwächer verwurzelt gewesen zu sein als in Westeuropa und Nordamerika. Es hing u. a. mit dem deutschen unrevolutionären Weg in die Moderne und der vergleichsweise großen Rolle des Obrigkeitsstaats seit dem 18. Jahrhundert zusammen, daß dieser politische Liberalismus bei uns vergleichsweise schwach war.

Aus der relativen Schwäche des Parteiliberalismus in Deutschland läßt sich zum Teil erklären, warum es bei uns so früh zur Entstehung einer selbständigen Arbeiterpartei kam: 1863, 1869, 1875 als Stichdaten, viel früher als in England, Frankreich oder gar in Nordamerika. Doch wichtiger ist dies: Angesichts der vergleichsweise verbreiteten Illiberalität der deutschen Verhältnisse, die hier nur angedeutet werden kann, angesichts der Tatsache, daß seit den 1870er Jahren die bürgerliche Unterstützung für freiheitliche und demokratische Ziele und Strömungen stark geschwächt war und immer schwächer wurde, hatte die deutsche Arbeiterbewegung, vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und in ihr auch die Gewerkschaften, die Chance, sich als Bannerträger freiheitlich-demokratischer Reformvorstellungen besonders deutlich zu profilieren — mehr als die Arbeiterbewegung in anderen Ländern, in denen Liberalisierung und z. T. (wie in USA) auch Demokratisierung schon weiter vorangeschritten waren. Überall benötigten und benötigen Gewerkschaften bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit, möglichst viel Demokratie und das Recht zur Opposition, um als Gewerkschaften existieren und wirken zu können. Da diese Bedingungen ihrer Existenz in Deutschland zwar nicht ganz fehlten — sogar in stärkerem Maße gegeben waren als etwa in Rußland —, aber sich im Vergleich zu Westeuropa und Nordamerika nur langsam entwickelten, wurden bei uns die Gewerkschaften als Teil der Arbeiterbewegung mit einer gewissen

Notwendigkeit zu einem Vorkämpfer der freiheitlich-demokratischen Emanzipation.

Natürlich gäbe es hier viele Einschränkungen zu machen, die nur angedeutet werden können: Viele Streiks haben, auch im 19. Jahrhundert, illiberale Komponenten gehabt, z.B. Zwangsanwendung gegenüber nicht mitmachenden Kollegen. Überindividuelle Solidarität, die so wichtig und zentral ist für gewerkschaftliche Arbeit, hat manchmal illiberale Elemente in sich. Aber diese scheinen in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte schwächer ausgeprägt zu sein als anderswo, was man im Vergleich von Streikpraktiken in der Bundesrepublik und in Großbritannien heute immer noch merken kann. Eine relativ demokratische Binnenorganisation zeichnet die deutschen Gewerkschaften im Vergleich zu den britischen und vor allem im Vergleich zu den amerikanischen aus. Das Instrument der Urabstimmung ist bei uns relativ selbstverständlich, in Großbritannien wird hart darum gestritten. Illiberal-undemokratische Momente gab es natürlich im Marxismus und im marxistisch-kommunistischen Flügel der Gewerkschaften bzw. der Arbeiterbewegung seit 1918, aber dieser war bis heute immer schwach. Umgekehrt fanden sich immer wieder illiberale Momente in der weitgehenden Diskriminierung gegen Linke innerhalb der Gewerkschaften. Das beobachtet man schon im Ersten Weltkrieg, als die Kooperation der frisch anerkannten Gewerkschaften mit der Reichsleitung und mit der militärischen Führung erstaunlich weit ging und der Unterdrückung der linken Opposition innerhalb der Arbeiterbewegung diente. Wir finden entsprechende Beispiele in den 1920er Jahren und auch im Zeichen des Kalten Krieges der 1950er Jahre.

Aber im ganzen, im internationalen Vergleich gesehen, kann sich m. E. die freiheitlich-demokratische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und auch der Gewerkschaften durchaus sehen lassen. Dazu einige Beispiele: Der Einsatz für die Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrechtes war vor 1918 in der Sozialdemokratie und in den verschiedenen Gewerkschaften selbstverständlich. Man engagierte sich auch gegen die kirchliche Überwachung des Schulwesens und, innerhalb gewisser Grenzen, relativ früh für die Gleichberechtigung der Frau. Man setzte sich für Parlamentarisierung und allgemeines Wahlrecht ein — in den Grenzen allerdings, die durch andere gewerkschaftliche Interessen gezogen wurden, wie man aus der Massenstreikdebatte seit 1905 weiß, als sich die Gewerkschaftsführung, u. a. aus Sorge um die Organisation, erfolgreich gegen das Ansinnen stellte, den politischen Generalstreik zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen und Sachsen einzusetzen. Die Arbeiterbewegung gehörte auch zu den entschiedensten Gegnern des Antisemitismus. Zu erkennen und wirksam zu propagieren, daß der Antisemitismus — in Bebeis Worten — der Sozialismus der dummen Kerle sei, war eine große Leistung. 1920 trugen vor allem die Gewerkschaften durch ihren Generalstreik zur Niederschlagung des Kapp-Putsches bei, also zur Rettung der jungen Weimarer Demokratie vor dem Zugriff rechtsgerichteter Anti-Demokraten.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung gehörte zu den wenigen relativ entschiedenen Verteidigern der ersten deutschen Republik und ihrer parlamentarisch-demokratischen Verfassung bis zu ihrer Unterdrückung durch den Nationalsozialismus — kompromißloser als irgendeine bürgerliche Partei, wenn auch letztlich ohne Erfolg. Liberal-demokratische Grundprinzipien wurden in der Arbeiterbewegung schließlich nicht nur vertreten und verteidigt, sondern auch weitergedacht und ergänzt : Man nahm sie ernst genug, um ihre Anwendung auf die Gestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse zu fordern, im Sinne sozialer Demokratie, die man, trotz aller Spannungen, als Fortschreibung und Vervollständigung liberal-demokratischer Grundprinzipien, nicht als deren Infragestellung, betrachten kann.

Wenn man im einzelnen vergleicht und gewichtet, was die (nicht-kommunistische) Arbeiterbewegung einschließlich der Gewerkschaften, was die bürgerlichen Gruppierungen und was die Führungsgruppen zur Durchsetzung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse in Deutschland beigetragen haben, was sie umgekehrt zum Erhalt bzw. zum Scheitern der ersten deutschen Republik geleistet haben, und wie verschieden sie schließlich unter der nationalsozialistischen Diktatur gelitten haben, dann ergibt sich ein Resultat, das die Arbeiterbewegung durchaus vorzeigen kann. Im Grunde ist es ein Phänomen, daß ein so illiberales System wie das deutsche eine so freiheitlich-demokratische Arbeiterbewegung hervorbringen konnte.

Dies ist eine Dimension, an der sich sehr deutlich die weitreichende Übereinstimmung zwischen gewerkschaftlicher Arbeiterinteressenvertretung einerseits und Beförderung des gesellschaftlichen Fortschritts durch die Arbeiterbewegung andererseits zeigen läßt. In dieser Tradition liegt eine wichtige Ursache für die Zustimmung, für die Unterstützung, ja für die Identifikation, die die Gewerkschaften auch heute bei vielen finden, deren unmittelbare Interessenlage sie eigentlich gar nicht auf gewerkschaftliche Interessenpolitik verweist. Von dieser Tradition her ist übrigens auch die Entscheidung der Gewerkschaften für das Grundgesetz und die Bundesrepublik in den Jahren um 1950, trotz der damit verbundenen Verzichte auf weitergehende sozialpolitische Forderungen, keineswegs nur als Verzicht auf eigene Positionen oder gar als Niederlage zu deuten, wie das noch manchmal behauptet wird.

Technischer Fortschritt und Wachstum

Am Verhältnis der Gewerkschaften zum wirtschaftlichen Wachstum läßt sich das Verhältnis von gesellschaftlicher Progressivität und Arbeiterinteressenvertretung diskutieren. Die Gewerkschaften sind in einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Situation entstanden, die u. a. durch zwei in Spannung befindliche Merkmale gekennzeichnet war. Wenn man einmal ganz grobe, methodisch nicht unproblema-

tische, Schätzungen benutzt, dann läßt sich sagen: Um 1875 betrug das rechnerische Nettosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung etwas über 400 Mark, 1970 dagegen über 2.000 Mark (wenn man versucht, den Geldwert konstant zu halten und in Preisen von 1913 zu sprechen). In den 1860er Jahren herrschte zwar schon nicht mehr ganz so viel Armut wie in den 1840er Jahren, aber es herrschten doch noch Armut, Not, Unsicherheit und Anstrengung in einem heute kaum mehr vorstellbaren Ausmaß. Die Gewerkschaften organisierten zwar nicht die Ärmsten, das taten sie nie und das tun sie wohl auch heute nicht. Aber sie organisierten doch in erster Linie Personen, die von jener Armut und Not aktuell oder potentiell betroffen waren und daran litten. Wirtschaftlicher Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum als Ziel — das konnte in den Gewerkschaften nicht sehr umstritten sein.

Andererseits kam dieses wirtschaftliche Wachstum als Folge des industriellen Kapitalismus, als Produkt einer wirtschaftlichen Modernisierung, die die traditionellen Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensformen, wie sie im handwerklichen Bereich lange gegolten hatten und damals immer noch galten, teilweise zerstörte. Zu denken ist an die Kommerzialisierung des selbständigen Handwerkers und seine Unterordnung unter Kaufleute und Verleger; an die Bedrohung, die eine Fabrik für den Handwerksbetrieb häufig darstellte; und an neue Arbeitsmethoden, teilweise maschinisierter Art, die ältere handwerkliche Arbeitssitten und Arbeitskultur oft überflüssig machten, bedrohten und damit den Stolz und die Autonomie des qualifizierten Handarbeiters in Frage stellten. Die kapitalistische Industrialisierung ermöglichte Wachstum wie nie zuvor und ermöglichte es so, eine ständig wachsende Bevölkerung überhaupt zu ernähren. Sie zerstörte aber auch viele Traditionen und bedrohte die Träger dieser Traditionen. Und die Gewerkschaften organisierten ja auch und gerade die, die von der industriellen Revolution in dieser Weise bedroht wurden: viele Handwerksgesellen, viele handwerklich qualifizierte Arbeiter aus ländlichem, dörflichem oder kleinstädtischem Milieu. Die Proteste und die Streiks der frühen Arbeiterbewegung lassen sich sicherlich, wie das gang und gäbe ist, zu einem Teil als Ausdruck des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit deuten. Aber zum Teil sind sie eher Ausdruck des Zusammenpralls herkömmlicher Arbeits- und Lebensformen mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Rationalisierung, die das Herkömmliche bedrohte.

Die Gewerkschaften hatten nun zu entscheiden, ob sie eher dem letztlich konservativen Widerstand vieler ihrer Mitglieder gegen die sie degradierenden, teilweise zerstörerischen wirtschaftlichen Fortschritte Ausdruck geben sollten, oder ob sie eher ungeachtet dieser menschlichen Kosten auf die langfristigen Wachstumsvorteile des wirtschaftlichen Fortschritts setzen sollten. Im Prinzip wiederholte sich dieser Zielkonflikt in den folgenden Jahrzehnten bei jeder innergewerkschaftlichen Diskussion darüber, wie man sich zu weiteren Rationalisierungsschritten stellen sollte.

Es ist bemerkenswert, wiederum im internationalen Vergleich gesehen, wie eindeutig die deutschen Gewerkschaften in ihrem Programm wirtschaftlichen Fortschritt bejaht haben, eindeutiger als ihre britischen und amerikanischen Parallel-Organisationen. Schon in der Frühzeit erhoben sie nur wenige zünftig-handwerkliche Forderungen, weniger als in England zur selben Zeit. In der Taylorismus-Debatte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg bekämpften die Gewerkschaften programmatisch zwar die kapitalistische Aneignung der durch Rationalisierung zu erzielenden Gewinne und Fortschritte, aber sie wandten sich so gut wie nie gegen diese Rationalisierung selbst, weil sie diese als fortschrittlich empfanden, wenn auch unter Verhältnissen, die sie zu ändern wünschten. Ein anderes Beispiel: In der englischen Gewerkschaftsbewegung hat der Kampf gegen „dilution“ eine große Rolle gespielt, das heißt, der Kampf gegen die Ersetzung qualifizierter Facharbeiter durch angelehrte und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen im Zuge zunehmender Arbeitsteilung und Maschinisierung. Dies war ein Hauptthema der englischen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, davor und danach. Wir haben dagegen im Deutschen gar kein rechtes Wort zur Übersetzung dieses Problems und diese Debatte hat innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine sehr viel geringere Rolle gespielt. 1925 sah die Rationalisierungsdenkschrift des ADGB in der Rationalisierung „eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung“. Tarnow und andere führende Gewerkschaftler waren in den USA gewesen, um das dortige Rationalisierungs-„Wunder“ vor Ort zu studieren! Bis heute scheint das, was man in England „restrictive practices“ nennt, das Festhalten an überkommenen, wenig ökonomischen, handwerklich orientierten Facharbeiterpraktiken bei uns eine geringere Rolle zu spielen als dort. Sicherlich hängt das mit dem Einfluß des Marxismus zusammen, der immerhin auch als Wachstumsideologie interpretiert werden kann. Marxist zu sein, hieß ja nicht, gegen technisch-organisatorischen Fortschritt zu sein, im Gegenteil. Nur in seiner kapitalistischen Form wollte man ihn nicht. Gewerkschaften setzten sich bei uns in der Regel für technisch-organisatorischen Fortschritt ein, allerdings auch zugleich für eine allmähliche Veränderung des sozialen Kontextes, in dem er stattfand.

Das Wachstum gefördert haben die Gewerkschaften auch in einer anderen Hinsicht, allerdings weniger willentlich. Man kennt — schon im 19. Jahrhundert — viele einzelne Beispiele dafür, daß Lohn- und arbeitskostenrelevante Forderungen der Gewerkschaften auf der Unternehmer-Seite zu einer Reaktion in Gestalt zunehmender Mechanisierung und Rationalisierung führten. In der Geschichte einzelner Unternehmen zumindest läßt sich das nachweisen. Durch ihr ständiges Streben nach schrittweisen Verbesserungen in der Entlohnung, in den Arbeitsbedingungen, in den betrieblichen Sozialleistungen sind die Gewerkschaften, ohne das unbedingt als explizites Ziel zu haben, zu einem wachstumantreibenden Faktor geworden, sofern gewisse Bedingungen gegeben waren (sind) und vor allem die Höhe der gestellten Forderungen einigermaßen mit den jeweils gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu ihrer Einlösung harmoniert(e).

Umgekehrt sind die Gewerkschaften selbst in ihrer Dynamik und in ihren internen Mechanismen von der Erfahrung des andauernden und nur kurzfristig unterbrochenen Wirtschaftswachstums, vom Wachstum als Normalzustand, geprägt, wie wir es im großen und ganzen erst seit Beginn der Industrialisierung kennen. Dadurch u.a. unterscheiden sich die modernen Gewerkschaften von den alten Gesellenbrüderschaften der vorindustriellen Zeit. Es ist ja geradezu zur Selbstverständlichkeit geworden, in regelmäßigen Abständen Zuwächse und Verbesserungen zu fordern und durchzusetzen, und es würde wohl eine außerordentliche Umstellung des innerverbandlichen Verhaltens, auch der inneren Legitimationsprozesse im Verhältnis von Funktionären und Basis, bedeuten, wenn sich das ändern müßte.

Gewerkschaften und Wirtschaftswachstum haben eine innere Beziehung. Insofern wirtschaftliche Modernisierung und wirtschaftliches Wachstum ganz entscheidende Dimensionen des gesellschaftlichen Fortschritts, Ausdruck zunehmender Naturbeherrschung durch den Menschen und Mittel der Überwindung von Bedürftigkeit und Not waren und sind, liegt hier ein weiteres Scharnier, durch das gewerkschaftliche Interessenvertretung und Dienst am gesellschaftlichen Fortschritt miteinander verbunden waren und vielleicht auch noch sind.

Die Organisation der Gesellschaft

Jedes auf kapitalistischer Grundlage industrialisierende Gesellschaftssystem produziert auf einer fortgeschrittenen Stufe seiner Entwicklung gewisse Spannungen und Konflikte (u.a. Klassenkonflikte), die seinen Bestand gefährden, wenn es nicht zu bestimmten Selbstkorrekturen kommt. Es geht bei diesen Selbstkorrekturen darum, einem marktwirtschaftlichen, seine eigene Instabilität immer neu herstellenden System gewissermaßen Korsettstangen einzuziehen und es damit nicht nur zu stabilisieren, sondern auch zu verändern. Solche zugleich systemstabilisierenden und systemverändernden Reformen sehen wir in Deutschland seit dem späten 19. Jahrhundert am Werk. Im Grunde läuft es darauf hinaus, eine wachsende Anzahl von gesellschaftlichen Handlungsbereichen dem sogenannten freien Spiel der Kräfte, dem Markt oder auch traditionellen Regelungsmechanismen, wie der Familie, zu entziehen und durch bewußte kollektive Organisation zu regeln. Auf diesem Weg sind alle kapitalistisch-bürgerlichen Industriegesellschaften — natürlich erst recht die sozialistischen, bei denen sich das Problem anders stellt und die jetzt nicht zur Diskussion stehen - bis heute weit vorangeschritten. Wie effektiv ihnen diese noch in Gang befindliche Transformation gelungen ist und ob sie unter freiheitlich-demokratischen oder aber autoritär-diktatorischen Bedingungen geschah, das entscheidet zutiefst mit über das Maß an Lebensqualität und Fortschrittlichkeit, das den verschiedenen Systemen eigen ist.

Diese Organisationstendenzen, die das System sowohl änderten wie stabilisierten, zeigen sich nun auf den verschiedensten Gebieten, so z.B. in der Sozialpolitik

und im Aufbau großer öffentlicher Sicherungssysteme, die die Funktionen übernehmen, die einstmals dem einzelnen und seiner Vorsorge bzw. der Familie überlassen gewesen waren. Diese Organisationstendenzen zeigen sich auch im Aufstieg der großen Interessenorganisationen, die die Wahrnehmung bestimmter Interessen, die bisher ungeordnet und in individueller Konkurrenz stattfand, nunmehr geplant, kollektiv und systematisch erledigen. Diese Organisationstendenzen zeigen sich überdies in der Durchsetzung bestimmter Konfliktregelungs- und Kooperationsmechanismen im Bereich der Arbeitsbeziehungen: Arbeitsrecht, Gewerbegerichte, Gewerbeinspektionen, Arbeitnehmerräte inner- und überbetrieblicher Art, Mitbestimmungsregelungen für bis dahin nicht mitbestimmende Beteiligte usw. Diese Organisationstendenzen zeigen sich schließlich in der Zunahme organisierter Staatstätigkeit auf fast allen Gebieten, auf Kosten oder zur Ergänzung des Marktes, zur Ergänzung von Spontaneität und traditionellen Regelungsmechanismen wie der Familie. Die Gewerkschaften sind selbst eine Dimension dieses vielfältigen Veränderungs- und Stabilisierungsprozesses und sie haben kräftig zur Vervollkommenung dieses Prozesses beigetragen, und zwar unter gleichzeitiger Betonung freiheitlich-demokratischer Gesichtspunkte, in Abwehr autoritär-diktatorischer Varianten dieses Organisationsprozesses, wie sie nach 1933 bei gleichzeitiger Zerschlagung der Gewerkschaften den Sieg davontrugen. Man könnte die Geschichte der deutschen Gewerkschaft womöglich in diesem Rahmen schreiben, was noch nicht geschehen ist.

Dazu nur einige Stichpunkte: Früh haben die deutschen Gewerkschaften, anders als die englischen und die amerikanischen, staatsbürokratische Verwaltungsformen zur Organisation ihrer eigenen inneren Verhältnisse adoptiert: „Beamte“, Schriftlichkeit, genaue Arbeitsteilung, systematische Hierarchie. Dies zeigt wiederum die große Bedeutung des Staates für die deutsche Sozialgeschichte. Nach 1890 finden wir frühe Tendenzen zur Zentralisierung in der Generalkommission, aber auch in der Ablehnung des lokalistischen Prinzips, um das in den frühen 90er Jahren viel gestritten wurde. Wir sehen, wie die Gewerkschaften es lernten, Streiks zu organisieren, zu planen, auf der Basis von regelmäßiger Konjunkturbeobachtung erfolgreicher durchzuführen als die spontanen Streiks, die bis dahin üblicher gewesen waren. Und wir sehen gewerkschaftliche Bemühungen, durch „friedliche Bewegungen“, d.h. ohne Streik, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen und etwa durch die Einrichtung von Tarifverträgen zu geregelten Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu gelangen.

Aber vor 1914 hatte das alles enge Grenzen. Man könnte sagen, daß die Nichtanerkennung der Gewerkschaften durch Staat und Arbeitgeber vor 1914 die wichtigste Lücke im System des organisierten Kapitalismus des Kaiserreichs gewesen ist. Der Durchbruch auf diesem Gebiet kam im Ersten Weltkrieg. Er brachte den Gewerkschaften „Anerkennung“, wie es hieß, seitens des Staats und seitens der Unternehmer, sowie eine beträchtliche Machtzunahme. Es gelang den Gewerk-

schaften, institutionalisierte Mitwirkungsrechte in den Unternehmen, sowie auf der regionalen und gesamtstaatlichen Ebene durchzusetzen. Der Krieg brachte zugleich ein bis dahin unbekanntes Maß an Integration der Gewerkschaften ins bestehende System, eine Integration, die sich im antirevolutionären Verhalten der Gewerkschaften 1918/1920 ganz entscheidend auswirkte. In der Revolutionszeit wurden diese Errungenschaften des Krieges festgeschrieben und vervollkommen, zwar weniger weitgehend als die Gewerkschaften es wollten, aber immerhin: in der Sozialpolitik und im Arbeitsrecht, mit den Gewerkschaften als treibender Kraft und antirevolutionärem Bollwerk zugleich. In der Weimarer Republik wie im Prinzip schon vor 1914 ging es den Gewerkschaften kaum um die Überwindung des Kapitalismus, sondern primär um seine Bändigung, um die „Heilung“ seiner Gebrechen und um seine allmähliche Veränderung — durch solidarische Aktion und demokratische Organisation. Erst recht gilt das für die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg und in der Bundesrepublik. In vielfältigen Formen haben die Gewerkschaften vor allem daran mitgewirkt, die Tendenzen zur zunehmenden Staatsintervention, zur Durchorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft zu verstärken, das Netz der sozialen Sicherungen auszubauen und damit auch ihre eigenen Macht- und Mitwirkungsmöglichkeiten zu vergrößern. Die staatliche Zwangsschlichtung allerdings, die in der Weimarer Zeit möglich und üblich war, wurde zurückgedrängt, und die Tendenzen zur Organisation sind nun viel stärker als zwischen den Kriegen in der Regie der Gewerkschaften und der anderen Verbände. Aber im Ganzen hat die Durchorganisation weiter Lebensbereiche nach dem Zweiten Weltkrieg weiter zugenommen, und die Gewerkschaften gehören zu den wichtigsten Motoren dieser Durchorganisation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Im internationalen Vergleich waren und sind sie besonders gut geeignet, diese Rolle zu spielen. Das hängt u. a. mit der schon erwähnten frühen Tendenz zum berufsübergreifenden Verband zusammen und mit den marxistischen Elementen in ihrer Tradition.

Die Beurteilung dieses Beitrags der Gewerkschaften zur reformierenden und zugleich stabilisierenden Organisation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ist kontrovers. Die Beurteilung hängt sehr von der Antwort ab, die der einzelne auf die Frage gibt, welche historischen Alternativen „drin“ gewesen sind und vorzuziehen gewesen wären. Wenn man die Möglichkeit der Revolution in fortgeschrittenen Industriegesellschaften für gering erachtet und jedenfalls die damit verbundenen Kosten für zu hoch hält, wenn man von der Überlegenheit verwaltungswirtschaftlich-sozialistischer Alternativen nicht überzeugt ist und wenn man die Möglichkeit in Rechnung stellt, daß Gesellschaften als Folge ihres Kollapses auch Phasen der Regression und der Barbarei durchlaufen können, dann wird man den Beitrag der Gewerkschaften zur demokratischen und zugleich effizienten Organisation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat im späten 19. und in den ersten zwei Dritteln oder drei Vierteln dieses Jahrhunderts als Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt werten, und ich tendiere dahin, das zu tun.

Doch wird man gleichwohl zugeben müssen, daß diese Leistung der Gewerkschaften auch ihren Preis hatte. Dies ist ja oft diskutiert worden und gehört zum Kernbestand linker Gewerkschaftskritik. Teilnahme an diesen Organisationstendenzen, die hier nur angedeutet werden konnten, heißt natürlich auch: Integration und Verantwortung für das Ganze sowie Schwierigkeit bei der Wahrnehmung anderer gewerkschaftlicher Funktionen, z.B. in den kurzfristigen Umverteilungskämpfen (z.B. Streiks). Diese Tendenz zur Organisation und zur Einbeziehung der Gewerkschaften in ein übergreifendes Regulierungssystem konnte bedeuten, daß weitergehende Reformen von den Gewerkschaften mit abgeblockt wurden, wie wir es etwa in der Revolution 1918-20 beobachten können. Es ist auch häufig diskutiert worden, daß diese Übernahme der Gewerkschaften in ein übergreifendes Regelungssystem Entfremdung des Apparats von der Basis bedeuten kann; auch dafür haben wir viele Beispiele in der Geschichte, ebenfalls 1919/20, wo sich Arbeiterbewegungen gegen die Gewerkschaften formierten. Das ging schließlich so weit, daß sich im Interesse der Teilnahme an diesen übergreifenden Organisationsprozessen Gewerkschaften zu Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber einzelnen spontanen Streiks oder Protesten bereit fanden. Und auch dafür haben wir Beispiele, spätestens im Ersten Weltkrieg und in der Revolution danach.

Vertretung der Bedürftigen

Die Gewerkschaften waren zwar auch im 19. Jahrhundert nicht die Vertreter der Allerärmsten, aber doch Vertreter der Armen und Bedürftigen. Sie vertraten Individuen und Familien, die die Unterschichten der vorindustriellen Zeit und deren Not gewissermaßen beerbt und nur geringfügige Verbesserungen erlebt hatten; sie vertraten die, die die Kosten des Fortschritts in besonders eklatanter Weise zu tragen hatten. Gewerkschaften setzten sich für Gruppen ein, deren Not und Bedürftigkeit, deren karges und unsicheres Leben im Widerspruch standen zu den Ansprüchen und Leitbildern der zeitgenössischen bürgerlichen Gesellschaft. Gewerkschaftliche Politik enthielt (und enthält) egalisierende Zielsetzungen. Mit Berufung auf Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit auch für diese Schichten nahmen die Gewerkschaften praktisch ihre Gesellschaft beim Wort. Sie organisierten deren inneren Widerspruch und gleichzeitig die Hoffnung, diesen Widerspruch allmählich zu verringern. Und das verschaffte ihnen eine zusätzliche Legitimationsbasis für ihre Forderungen. Auch hier liegt ein Grund für die lange Zeit gültige Übereinstimmung von gewerkschaftlicher Interessenvertretung und gesellschaftlichem Fortschritt.

Zusammenfassung und Fragen

Es wurde zu zeigen versucht, daß und warum eine tendenzielle Übereinstimmung bestand zwischen zwei Leistungen, die an sich nicht mit Notwendigkeit übereinstimmen müssen: zwischen der organisierten Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft oder einzelner Arbeitergruppen einerseits und der Förderung des

gesellschaftlichen Fortschritts, des allgemeinen Wohls, andererseits. In der Tat haben die deutschen Gewerkschaften beides zugleich geleistet, nicht perfekt, nicht ohne Spannung zwischen diesen beiden Funktionen, aber in einem im internationalen Vergleich sehr respektablen Ausmaß. Es wurde aber auch zu zeigen versucht, daß diese Chance der Gewerkschaften und darüber hinaus der Arbeiterbewegung, durch resolute Vertretung partikularer Interessen zugleich den historischen Fortschritt zu fördern, selbst als Resultat besonderer historischer Bedingungen zu begreifen ist, die sich ändern können.

Sind sie nicht längst dabei sich zu ändern ? Die vieldimensionale Diskriminierungssituation, der sich die Arbeiterschaft ausgesetzt sah und der die Gewerkschaften ihre ausgreifende Zielsetzung und ihren grundsätzlichen Reformbewegungscharakter verdankten, ist zweifellos gegenüber dem 19. und frühen 20. Jahrhundert außerordentlich gemildert worden - teilweise aufgrund der Anstrengungen und Erfolge der Gewerkschaften. Die Tradition der Liberalität, die der Arbeiterbewegung die Chance zuspielte, zum Hauptträger freiheitlich-demokratischer Zielsetzungen zu werden, scheint in der Bundesrepublik stark geschwächt. Die Gleichsetzung von wirtschaftlichem Wachstum und historischem Fortschritt ist vielen nicht mehr selbstverständlich. Weit verbreitet und nicht unberechtigt ist das Gefühl, daß die von den Gewerkschaften mit betriebene Durchorganisation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ein Ausmaß erreicht hat, angesichts dessen die frühen Warnungen Max Webers vor der Spontaneität zerstörenden, Freiheit bedrohenden und Dynamik lähmenden Bürokratisierung der verschiedensten Lebensbereiche neue Aktualität gewinnen; was, alles in allem, Vehikel des Fortschritts war, kann oberhalb eines bestimmten Schwellenwertes durchaus zur Belastung werden. In der sehr ernst zu nehmenden Debatte über die Grenzen und ungewollten Folgen des weit ausgebauten Sozialstaats wird das sehr deutlich. Und kann man angesichts neuer Disparitäten im binnengesellschaftlichen und im internationalen Bereich wirklich noch sagen, daß die Gewerkschaften der fortgeschrittenen Industrieländer die Armen und Bedürftigen organisieren? Wohl kaum. Es könnte demnach sein, daß jene hundert Jahre dauernde Sternstunde der Arbeiterbewegung, in der sie partikulare Interessenvertretung und gesellschaftliche Fortschrittlichkeit auf einen Nenner zu bringen vermochte, vorübergeht.

Doch wäre dies nur eine Teilantwort. Denn zum einen existieren viele der genannten Strukturbedingungen gewerkschaftlicher Fortschrittlichkeit fort. Weiterhin sind Lebenschancen und Risiken sehr ungleich verteilt, und die Lohnarbeiter gehören in der Regel nicht zu den Privilegierten. Weiterhin sind die Organisationsbedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft groß; sie dürften sogar weiter zunehmen, wenn die natürlichen Ressourcen knapper und die Folgen des technisch-wirtschaftlichen Wandels noch regelungsbedürftiger werden; ohne große, starke und demokratische Arbeitnehmerorganisationen werden diese Probleme nicht zu lösen sein. Freiheitlich-demokratische Strukturen gehörten nicht nur in der Vergangen-

heit, sondern gehören auch heute zu den Existenzvoraussetzungen der Gewerkschaften; sie dürften bei ihnen schon deshalb auch weiterhin entschiedene Unterstützung in etwaigen Krisenfällen finden. Zum andern überleben Traditionen oft ihre Ursprungskonstellation und können sich zur Lösung neuartiger Probleme als hilfreich erweisen; vielleicht trifft das z.B. auf die gewerkschaftliche Fähigkeit zu gruppenübergreifender Solidarität zu, die gerade in Phasen stagnierender oder rückläufigen Wachstums entscheidende Bedeutung gewinnen kann; auch an die anti-nationalistische Grundströmung in der deutschen Arbeiterbewegung wird man hierbei denken, die angesichts heutiger übernationaler Koordinations- und Ausgleichsbedürfnisse sowie angesichts der Internationalisierung der Arbeitsmärkte (Probleme der ausländischen Arbeiter!) noch wichtiger geworden ist als früher. Im übrigen ändern sich die Ziele der Gewerkschaften, und nur ein Teil ihrer Politik konnte hier aus historischer Perspektive angesprochen werden.